

Rückschlag für den Populismus

Frank Priess

Rund zwei Monate nach den Wahlen am 2. Juli hat Mexiko endlich einen neuen Präsidenten: Einstimmig bestätigte das Wahlgericht als letzte Instanz den Erfolg Felipe Calderóns und seiner Partei der Nationalen Aktion (PAN). 233831 Stimmen verschafften ihm letztlich einen Vorsprung von 0,56 Prozent vor seinem linkspopulistischen Mitbewerber Andrés Manuel López Obrador, der mit seinen Protesten vor allem die mexikanische Hauptstadt seit Monaten in Atem hält. „Wahlbetrug“ und staatliche Manipulation, orchestriert vom amtierenden Präsidenten Vicente Fox, ins Werk gesetzt von einer willfährigen Wahlbehörde und gesteuert von „ultrarechten Kreisen“, wittert er verschwörungstheoretisch, erweist sich allerdings letztlich nur als schlechter Verlierer.

Nicht nur Lateinamerika blickte auf Mexiko, als López Obrador, gestützt auf eine erfolgreiche Amtszeit als Hauptstadtbürgermeister, seine Hand nach dem Präsidentenamt ausstreckte und den Siegeszug vermeintlich linker Politik auf dem Subkontinent fortzusetzen versprach. Das lateinamerikanische „Superwahljahr 2006“ hatte in ihm frühzeitig einen neuen Helden, auch in europäischen Augen eine weitere Absage an „Neoliberalismus“ und Globalisierung. Eine Fortsetzung des vermeintlich linken populistischen Gesamtrends schien ausgemacht, zumal der bürgerliche Kandidat Calderón noch im März dieses Jahres aussichtslos zurückzuliegen schien. Doch es kam anders.

Klarer hätten die Alternativen für den mexikanischen Wähler kaum sein können: Auf der einen Seite ein marktwirtschaftlich und international orientierter Felipe Calderón, pragmatisch, professionell, kopfgesteuert, ausgestattet mit einem amerikanischen *master degree* und einer christlich-demokratischen Grundhaltung, gestützt zudem auf eine bürgerliche Partei mit langer Tradition – ein Kandidat vor allem für die Mittelschichten. Seine Botschaft: „Arbeit, Arbeit, Arbeit.“ Wirtschaftswachstum und ein investitionsfreundliches Klima, so Calderón, seien am ehesten geeignet, Mexikos Armut und Ungleichheit aufzulösen, die Potenziale des Landes auszuschöpfen. Bildung sei dazu ein zentraler Schlüssel.

Ihm gegenüber ein populistischer und populärer Charismatiker, Andrés Manuel López Obrador, nach seinen Anfangsbuchstaben im Volksmund kurz AMLO genannt. Jemand, der in seiner langen politischen Karriere, erst in der „Partei der institutionalisierten Revolution“ (PRI), jetzt in der „Partei der demokratischen Revolution“ (PRD), immer mehr auf Basislegitimation denn auf Institutionen setzte, der es mit direkter assistenzialistischer Hilfe versteht, sich Loyalitäten zu sichern, der Außenpolitik fast ausschließlich als eine Fortsetzung der Innenpolitik versteht, ungern reist und wenig von der Welt gesehen hat, jemand, der wirtschaftliche Öffnung kritisch sieht. Ein „tropischer Messias“, wie ihn der angesehene Historiker Enrique Krauze mit Blick auf die von ihm kons-

tatierte „autoritäre Persönlichkeitsstruktur“ beschreibt.

Wahlkampfstrategien

Neben seine PRD, die immer noch nicht recht entschieden hat, ob sie Bewegung oder Partei sein will und in verschiedenste Strömungen zerfällt, stellte López Obrador im Wahlkampf ein Netz autonomer Basisgruppen, über deren Veranstaltungen er fast drei Millionen Mexikaner direkt erreichte. Lange wiegte ihn dies und ein überragender Sympathiebonus in Sicherheit, lange glaubte er, sich Überheblichkeit leisten und die Medien ignorieren zu können. Einem ersten „Fernsehduell“ der fünf Präsidentschaftskandidaten blieb er fern, die großen Fernsehnetzwerke mied er, so lange, bis auch in den letzten Umfragen sein Vorsprung zusammengeschmolzen und Felipe Calderón an ihm vorbeigezogen war. Ein aggressiver PAN-Wahlkampf leistete dazu einen entscheidenden Beitrag: Klar positionierte man sich selbst mit den Themen Arbeit, Wachstum und Sicherheit, als eine „Gefahr für Mexiko“ stigmatisierte man andererseits López Obrador und sein Programm in entsprechenden Fernsehspots, die diesen in einer Reihe mit dem Venezolaner Hugo Chavez zeigten und fragwürdige Aspekte seines politischen Werdegangs genüsslich vorführten. Zusammen mit einer erfolgreichen Bilanzkampagne des populären Präsidenten Vicente Fox – ihn ging López Obrador unverständlicherweise immer wieder direkt an –, einer Unterstützerkampagne aus der Wirtschaft und gravierenden Fehlern seines Teams, wendete sich das Blatt.

Dessen Kampagne in dieser Phase „unprofessionell“ zu nennen untertreibt den Sachverhalt. Zu spät änderte man Strategie und Wahlkampfteam. Begleitet von einer intensiven Medienpräsenz, setzte die PRD-Koalition erst in der Schlussphase ebenfalls auf Attacke und griff Felipe Calderón ihrerseits persönlich an.

Der Vorwurf: das Ausnutzen einer Machtstellung zugunsten wirtschaftlicher Interessen seiner Familie. Diese Angriffe verfehlten ihre Wirkung nicht, unabhängig einer undurchsichtigen Beweislage: Die alte Weisheit, dass „irgendetwas immer hängenbleibt“, bewahrheitete sich einmal mehr. In der Schlussphase kombinierte López Obradors „Allianz zum Wohle aller“ diese Negativbotschaften mit einer Dosis Positivem unter dem Slogan: „Lächle, wir werden gewinnen“ und „Die Freude ist nah – La alegría está por llegar“. Ein Kopf-an-Kopf-Rennen bis zum Wahltag und das bekannte Herzschlagfinale waren die Folge.

Für deutsche Verhältnisse nahezu unvorstellbar sind die Summen, die mexikanische Parteien in ihre Wahlkämpfe und nicht zuletzt in die Medienwerbung investieren können. Auf zwei Milliarden mexikanische Pesos (ein Euro entspricht derzeit etwa vierzehn Pesos) werden die entsprechenden Anstrengungen der Parteien im Jahre 2006 geschätzt. 82 Prozent der Medieninvestitionen der Parteien und 71 Prozent ihrer Gesamtbudgets flossen dabei ausschließlich in die Fernsehwerbung – und damit in allererster Linie in die Kassen der beiden Giganten *Televisa* und *TV Azteca*. Am Ende standen allein für Felipe Calderón und die PAN rund 65 000 Fernseh- und Hörfunkspots in den wichtigsten Medienmärkten des Landes zu Buche, andere Parteien standen dem kaum nach. Auch die Nachrichtenprogramme bemühten sich, ausführlich und ausgewogen über Wahlkampf und Kandidaten zu berichten, ebenso wie die Pendanten in den Printmedien. Dem Vorwurf der PRD, man sei Opfer eines Medienkomplots geworden, vermochten seriöse Auswertungen und Inhaltsanalysen nicht zu folgen. Für Mexiko lässt sich aber mit Fug und Recht sagen: Wahlkämpfe machen doch einen Unterschied.

Augenfällig ist die Spaltung des Landes in einen „blauen“ Norden und einen

„gelben“ Süden analog der Parteifarben von PAN und PRD: Schon vor den Wahlen hatten verschiedene Analysten, so unter anderen Jorge Volpi (in der Zeitschrift *Proceso* vom 4. Juni), eine solche Division des Landes konstatiert: der wohlhabendere und modernere Norden und Westen, die, die etwas zu verlieren haben, setzten auf das Projekt von Felipe Calderón, die „Verlierer“, die „ohne Perspektive“ im Süden und Südwesten sowie im Umfeld des Hauptstadtdistrikts, identifizierten sich mit López Obrador. Eine direkte Ansprache des jeweils gegnerischen Lagers, ein Angebot für die Unentschiedenen dort, gab es eher wenig, wie die Politologin Denise Dresser beobachtete: „Zwei Kandidaten, zwei Mexikos. Zwei Spitzenreiter, zwei Länder. Mit dem Blick auf unterschiedliche Ziele, mit der Fahrtrichtung zu unterschiedlichen Horizonten.“

Sozialen Trennlinien

Den Ausschlag gegeben hat im sozial stark polarisierten Mexiko möglicherweise die in den Stadtrandgebieten wachsende untere Mittelschicht zwischen den fünfzehn Prozent Wohlhabenden und vierzig Prozent Armen des Landes, die mittlerweile Zugang zu Wohnungsbaukrediten hat und durchaus mit der Angst lebt, bei einem wirtschaftlichen Systemwechsel zu den Verlierern zu gehören. Keineswegs dürften sie, die sich selbst als „Aufsteiger“ definieren, von der Armutsrhetorik López Obradors angesprochen worden sein. Stabilität war für sie *das* Wahllargument. Bei dieser Zuspitzung blieb für andere politische Optionen wenig Platz. Die jahrzehntelang allein regierende „Partei der institutionalisierten Revolution“ PRI und ihr Kandidat Roberto Madrazo sahen sich marginalisiert – als Zünglein an der Waage feierten sie bei den gleichzeitig stattfindenden Parlaments- und Senatswahlen gleichwohl ein Comeback und sind weit davon entfernt, abgeschrieben zu werden.

Zwei kleinere Parteien mit liberalen und grünen Wahlpositionen schafften ebenfalls zumindest den Einzug ins Parlament. Da die PAN – gut dreißig Prozent der Stimmen brachten ihr jeweils rund vierzig Prozent der Sitze – auf Bündnispartner angewiesen ist, haben sie ein politisches Kapital, mit dem sich wuchern lässt.

Diese Polarisierung aber gibt über die Wahl und über Mexiko hinaus Anlass zur Sorge. Auch wenn die politische Landkarte, reduziert man sie auf das Abschneiden der Parteien bei den Präsidentschaftswahlen, extremer aussieht, als sie wirklich ist, birgt diese Spaltung enormes Konfliktpotenzial, wie sich direkt nach dem Wahltag zeigt: Sofort gingen die Verlierer hinter ihrem Anführer López Obrador auf die Straße. Sie fühlen sich von den Mächtigen einmal mehr um ihren Sieg betrogen, ehrlich und zutiefst verletzt. Wochenlange Straßenblockaden waren die Folge, Präsident Fox wurde vom parlamentarischen Arm der Bewegung, den Senatoren und Abgeordneten der PRD-Koalition, im Parlament lautstark daran gehindert, seinen verfassungsmäßig vorgeschriebenen Bericht zur Lage der Nation vorzutragen. Pikantes Detail dabei: Diese Abgeordneten hatten kein Problem, ihre Mandate anzunehmen, auch wenn sie am gleichen Tag, beaufsichtigt von den gleichen Wahlhelfern und der gleichen Wahlbehörde, unter insgesamt den gleichen Umständen gewählt wurden wie Felipe Calderón, dessen Sieg sie mittlerweile so vehement bekämpfen. Gleichzeitig macht sich beim Ex-Kandidaten und seinem engeren Kreis ein schwer nachvollziehbarer Realitätsverlust breit: So lud er „Delegierte“ aus dem ganzen Land zu einem großen Volkskongress auf den zentralen Platz der Hauptstadt, dem *Zócalo*, um sich als „legitimer Gegenpräsident“ installieren zu lassen. „Zum Teufel mit den Institutionen, die dem Volk nicht dienen“, so das Motto. Fast scheint es, als wolle man nun all die Vorurteile bestätigen, denen

man sich seitens des politischen Gegners im Wahlkampf ausgesetzt sah, selbst enge intellektuelle *follow traveller* gehen mittlerweile auf Distanz.

Was bei den politischen Führern der Protestkoalition Kalkül und Machtspiel sein kann, ist an der Basis tief empfundene Realität. Dies macht es auch schwierig, die Proteste bei all ihrer Irrationalität einfach abzutun, zumal sie im lateinamerikanischen Kontext ihre Entsprechung finden. In vielen Ländern des Subkontinentes ist es Demokratie und Marktwirtschaft nach den bitteren Jahren von Militärdiktaturen und Autoritarismus nicht gelungen, Chancengerechtigkeit herzustellen, marginalisierte Schichten in die Gesellschaft einzubinden und ihnen Aufstiegswege zu eröffnen. Den Wahlsiegen populistisch-autoritärer Figuren wie Hugo Chavez oder Evo Morales ging meist ein Versagen traditioneller Parteien voraus, oft gepaart mit einem skandalösen Verhalten gesellschaftlicher Eliten, Korruption und obszöner Bereicherung auf Kosten des Gemeinwohls. Gerade bürgerliche Parteien verstanden es zum Leidwesen ihrer europäischen Bündnispartner nicht, sich von innen her zu modernisieren, ihre soziale Basis zu verbreitern und solide Strukturen im ganzen Land aufzubauen. Oft reichte ihnen die feste Verankerung in den wohl situierten Wohnvierteln der Hauptstädte.

Lateinamerika im Rückwärtsgang?

Ungeduld und Unzufriedenheit der Wähler schlugen schließlich in die Suche nach radikaleren Lösungen um, wie sie jetzt in Venezuela und Bolivien zu besichtigen sind. Auch in anderen Ländern weisen regelmäßige Umfragen sinkende Zustimmungsraten zu Demokratie und Marktwirtschaft nach. Da ist der Wahlsieg von Alan García in Peru – sein Regierungsversagen führte das Land Ende der achtziger Jahre in Hyperinflation, terroristische Gewalt und schließlich in die Arme eines Alberto Fujimori – schon fast ein *Déjà-vu*,

zumal er im Vergleich mit seinem nationalistisch-populistischen Mitbewerber der Stichwahl, dem Ex-Militär Ollanta Humala, in den Augen vieler Peruaner das eindeutig kleinere Übel darstellte. Dass in Nicaragua fast gleichzeitig der frühere Sandinisten-Präsident Daniel Ortega erneut an die Türen des Präsidentenpalastes klopft, scheint da mehr als ein historischer Zufall zu sein.

Nun gibt es allerdings nicht nur diese Zeichen, die die öffentliche Meinung dominieren, begleitet zudem durch eine gewisse Kuba-Renaissance im „Herbst des Patriarchen“ Fidel Castro. Chile etwa hat sich einmal mehr für Kontinuität entschieden und beweist, dass eine solide und sozial ausgewogene Politik in der Lage ist, die Situation der Armen nachhaltig zu verbessern. In Kolumbien honorierten die Wähler mit einer eindrucksvollen Wiederwahl von Alvaro Uribe und einer klaren Absage an linke Alternativen eine Politik, die ihnen Sicherheit zurückgegeben und neue Hoffnung geweckt hat. Die Linksregierungen in Uruguay und Brasilien beweisen zudem trotz gewaltiger Korruptionsskandale innerhalb der Regierungspartei PT –, dass wirtschaftlicher Pragmatismus auch hier dominiert und durchaus mit sozialer Orientierung harmonisieren kann. Und auch in Mexiko ist keineswegs ausgeschlossen, dass nach dem Ende des *caudillismo* in der PRD der Weg in Richtung einer modernen sozialdemokratischen Partei besritten wird.

Gerade die neue mexikanische Regierung aber wird nun beweisen müssen, dass sie eine Option auch für die Benachteiligten ist. An diese muss sich der neue Präsident Felipe Calderón ganz besonders wenden. Ihr Vertrauen muss er gewinnen, gefragt sind die Qualitäten eines politischen Brückenbauers. Das Land steht vor gewaltigen Aufgaben, will es die Zukunft sichern: Die zehntgrößte Volkswirtschaft der Welt lebt stark von ihren Öleinnahmen, billig zu erschließende Vorkommen

aber gehen schneller zur Neige als erwartet. Gleichzeitig wird der internationale Wettbewerb schärfer, die asiatische Konkurrenz macht den Mexikanern nicht zuletzt den wichtigen US-Markt streitig. Zu wenig macht Mexiko aus seiner Integration in die nordamerikanische Freihandelszone NAFTA und insbesondere aus seinem Freihandelsabkommen mit der Europäischen Union. Außen- und außenwirtschaftspolitisch entspricht sein aktuelles Gewicht kaum seinen Möglichkeiten. Die geringen Investitionen in Bildung, Ausbildung und Forschung mit erschreckenden Leistungsbilanzen mexikanischer Schulen bringen es zudem mit sich, dass die dringend erforderliche höhere Wertschöpfung mexikanischer Produktion in weite Ferne rückt. Ohne Strukturreformen zur Öffnung des Energiesektors, zur Modernisierung des Arbeitsmarktes und der Sozialversicherungssysteme könnte sich, in der Sprache von Alternativ-Szenarien der Deutschen Bank, aus dem „Tequila Sunrise“ schnell ein „Frozen Margarita“ entwickeln, auch wenn Mexiko in makroökonomischen Zahlen derzeit glänzend dasteht.

Der zurückliegende Wahlkampf hat zudem deutlich gemacht, dass auch das politische System des Landes dringend einer Generalüberholung bedarf: Anachronistisch mutet an, dass Abgeordnete und Bürgermeister nach ihrer dreijährigen und Senatoren nach einer sechsjährigen Amtszeit nicht wiedergewählt werden können. Eine professionelle Parlaments- und Kommunalarbeit ist auf diese Weise kaum möglich. Allerdings – und dies ist ein klares Reformhindernis – stärkt dieses Verfahren die jeweiligen Parteiführungen, die zum Teil zudem das Recht haben, die Vorsitzenden ihrer Parlamentsfraktionen direkt zu bestimmen und Kandidaten auf prominenten Listenplätzen zu verankern. Zudem profitieren sie davon, dass unabhängige Kandidaten

gemäß der mexikanischen Parteigesetzgebung keine Chance auf Registrierung haben, was den Etablierten unliebsame Konkurrenz, etwa von den in Teilen Deutschlands populären *Freien Wählern*, erspart.

Viele Blockaden zwischen Präsident und Parlament sind zudem systemimmanent, verfügt Ersterer nicht gleichzeitig über eine regierungsfähige Mehrheit in beiden Kammern. Dies lässt Überlegungen Raum, Referenden und Volksentscheide zumindest bei zentralen Fragen vorzusehen. Auch bedarf es dringend einer Verkürzung des Wahlkampfes selbst und der Übergangsfristen: Ein halbes Jahr dauert die „heiße“ Phase der Kampagne, anschließend vergeht ein weiteres halbes Jahr, bis zum 1. Dezember der neue Präsident sein Amt antreten kann. Rechnet man die halbjährige interne Kandidatenauswahl der Parteien hinzu – sie fand in der zweiten Hälfte 2005 statt –, paralyisiert sich Mexiko geschlagene achtzehn Monate selbst! Dabei spielen dann die überbordenden Kosten – die mexikanischen Parteien gehören zweifellos zu den staatlich bestfinanzierten der Welt – fast schon keine Rolle mehr. Unter Legitimationsgesichtspunkten lohnt sich zudem, über eine Stichwahl nachzudenken. Die rund 35 Prozent Wählerstimmen des Wahlsiegers Felipe Calderón sind bei einer knapp sechzigprozentigen Wahlbeteiligung nur gut zwanzig Prozent der Wahlberechtigten wert, eine vergleichsweise dünne Basis. Große Herausforderungen also für Präsident, Parlament und Parteien und wenig Zeit, sich nach anstrengender Wahl- und Nachwahlphase erst einmal zurückzulehnen. Schon die ersten hundert Tage der Regierungszeit Calderóns werden zeigen, welchen Weg Mexiko in Zukunft gehen wird, welche Zukunftschancen das Land und seine Menschen mindestens auf mittlere Sicht haben.